

Alternative Finanzierungsformen für Projekte: Das Thema „Bürgerfonds“

Speyer, 07.10.2011

Rechtsanwalt Dr. Christian Dessau

Über uns

- Gegründet 1970
- Büros in Berlin, Brüssel, Köln, München, Stuttgart, Wien
- Über 200 Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Ingenieure
- Führend in der Beratung der Energie- und Infrastrukturbranche mit interdisziplinärem Ansatz
- Spezialisiert besonders auf:
 - Energie-, Wasser-/Abwasser- und Abfallwirtschaft, ÖPNV und Telekommunikation
 - Regulierungsrecht
 - Gesellschafts-, Steuer- und Arbeitsrecht
 - Wettbewerbs- und Kartellrecht
 - Umwelt-, Kommunal- und Vergaberecht
 - Finanzierungen
 - Betriebswirtschaftliche Beratung/ Wirtschaftsprüfung
 - Recht des Energie- und Zertifikatehandels
 - Forderungsmanagement und insolvenzrechtliche Beratung aus Gläubigersicht
- Erfolgreiche Vertretung unserer Mandanten in einer Vielzahl von Grundsatzfragen
- Mandanten: Kommunen und Gebietskörperschaften, ca. 400 Stadtwerke und kommunale Verkehrsunternehmen, international agierende Versorgungs- und Handelsunternehmen, Betreiber regenerativer und konventioneller Erzeugungsanlagen, Projektentwickler, Banken, Industrieunternehmen...

Dr. Christian Dessau, Rechtsanwalt

[christian.dessau@bbh-online.de - Tel.: 030 / 611 28 40-84]



- Geboren 1974 in Berlin
- Studium der Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin
- Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Promotion am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Europäische Verwaltungsgeschichte der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald bei Prof. E. V. Heyen
- Stipendiat des DFG-Graduiertenkollegs "Kontaktzone Mare Balticum: Fremdheit und Integration im Ostseeraum"
- Zweites juristisches Staatsexamen in Berlin
- Seit 2006 Rechtsanwalt bei BBH
- Seit 2011 Partner Counsel bei BBH mit den Tätigkeitsschwerpunkten
 - Energierecht
 - Recht des physischen und finanziellen Energie- und CO2-Zertifikatehandels
 - EFET-Verträge und andere Handelsrahmenverträge
 - Bank- und Börsenrecht (insbes. KWG und WpHG)
 - Regulierungs- und Kartellrecht
 - Compliance-Beratung
 - Politikberatung (insbes. ECT-Group)

Inhaltsübersicht

- I. Bürgerfinanzierung als Alternative**
 - 1. Die Idee der Bürgerfinanzierung
 - 2. Vorteile
 - 3. Modelle der Bürgerfinanzierung
- II. Rechtliche Schranken**
- III. Praxisbeispiele**
- IV. Fazit**

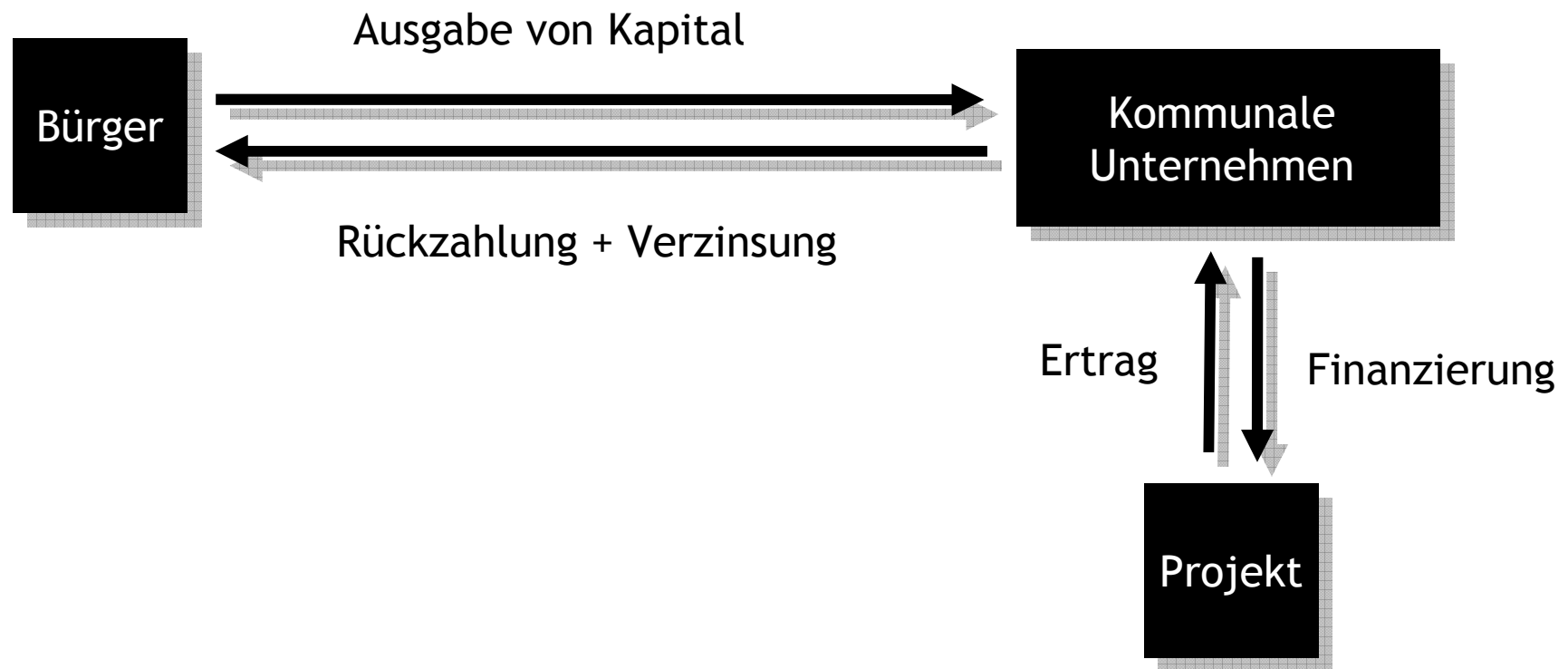
I.1. Die Idee der Bürgerfinanzierung (1)

- **Finanzielle Herausforderungen für Kommunale Unternehmen:**
 - Finanzierung von neuen Vorhaben
 - Finanzierung von Modernisierungen
 - Finanzierung von Expansionen

- **Problem: Nachteile „klassischer Finanzierungsformen“**
 - Finanzierung aus Eigenmitteln = Kapitalbindung
 - Finanzierung bei Banken = u.U. hohe Tilgungsraten

I.1. Die Idee der Bürgerfinanzierung (2)

- Alternativer Finanzierungsweg: Bürgerfinanzierung!



I. 2. Vorteile (1)

- Vorteile für Kommunale Unternehmen:
 - Stärkung des aktiven Bürgerdialogs
 - Stärkung der Identifikation und Akzeptanz des Investitionsvorhabens vor Ort
 - Handlungsfähigkeit aufgrund fehlender Eigenkapitalbindung
 - U.U. günstiger als Bankkredite
 - Unabhängigkeit von Kreditvergabepraxis der Banken

I. 2. Vorteile (2)

- Vorteile für den Bürger:
 - Höhere Verzinsung im Vergleich zu klassischen Anlageformen (Tagesgeld, Sparbrief usw.)
 - Schuldner mit guter Bonität
 - Transparenz hinsichtlich des Investitionsvorhabens

I. 3. Modelle der Bürgerfinanzierung

Bürgerdarlehen

- Privatkapital außerhalb von Banken
- Bürger leiht KU Geld über feste Laufzeit + Verzinsung
- Vergleichbarkeit mit Kreditvergabe durch Banken
- Verschiedene Formen (ohne/mit (qual.) Nachrangklausel, partiarisch usw.)

Inhaberschuldverschreibung

- Privatkapital außerhalb von Banken
- Bürger leiht KU Geld über feste Laufzeit + Verzinsung + **Aushändigung von Urkunde**
- Vergleichbarkeit mit Bundesschatzbrief/Unternehmensanleihe
- Etabliertes Finanzierungsmittel

Projektgesellschaft

- Projektfinanzierung mittels Gründung selbständiger Gesellschaft
- Bürger als Gesellschafter statt Projektgesellschaft mit Eigenkapital aus
- Bürger erhalten im Gegenzug Gewinnbeteiligung
- Schwierigkeit: Gesellschafter wollen Mitspracherechte im operativen Geschäft

Inhaltsübersicht

- I. Bürgerfinanzierung als Alternative
- II. Rechtliche Schranken
 - 1. KWG-Pflichtigkeit der Bürgerfinanzierung?
 - 2. Kommunalrechtliche Schranken?
- III. Praxisbeispiel
- IV. Fazit

II. 1. KWG-Pflichtigkeit der Bürgerfinanzierung? (1)

- **Ausgangspunkt:** Erlaubnispflichtigkeit nach § 32 KWG für

„die Annahme fremder Gelder als Einlagen oder anderer unbedingt rückzahlbarer Gelder des Publikums, sofern der Rückzahlungsanspruch nicht in Inhaber- oder Orderschuldverschreibungen verbrieft wird, ohne Rücksicht darauf, ob Zinsen vergütet werden (Einlagengeschäft)“ (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 KWG)

- **Folgen:**
 - Beaufsichtigung durch die BaFin
 - Hoher Kosten- und Verwaltungsaufwand

II. 1. KWG-Pflichtigkeit der Bürgerfinanzierung? (2)

Bürgerdarlehen

Darlehen ohne
Nachrangklausel

Darlehen mit qual.
Nachrangklausel

Partiarisches
Darlehen

Inhaberschuldverschreibung

Kraft Gesetzes
(§ 1 Abs. 1 Nr. 1 KWG)

Projektgesellschaft

Kraft Gesetzes
(KWG)

II. 2. Kommunalrechtliche Schranken?

- **Ausgangspunkt:** Kommunal(selbstverwaltungs)gesetze bzw. Gemeindeordnungen
- Häufige Vorgaben für die Kommunalwirtschaft:
 - Verbot von Bankgeschäften
 - Verbot der Beteiligung an Spekulationsgeschäften
 - Betriebsführung nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen
 - Ertrag für den Kommunalhaushalt
 - Ausgabe Inhaberschuldverschreibung / Darlehen mit qualifizierter Nachrangklausel zulässig
 - Ggf. Zustimmung durch die Kommunalaufsicht

Inhaltsübersicht

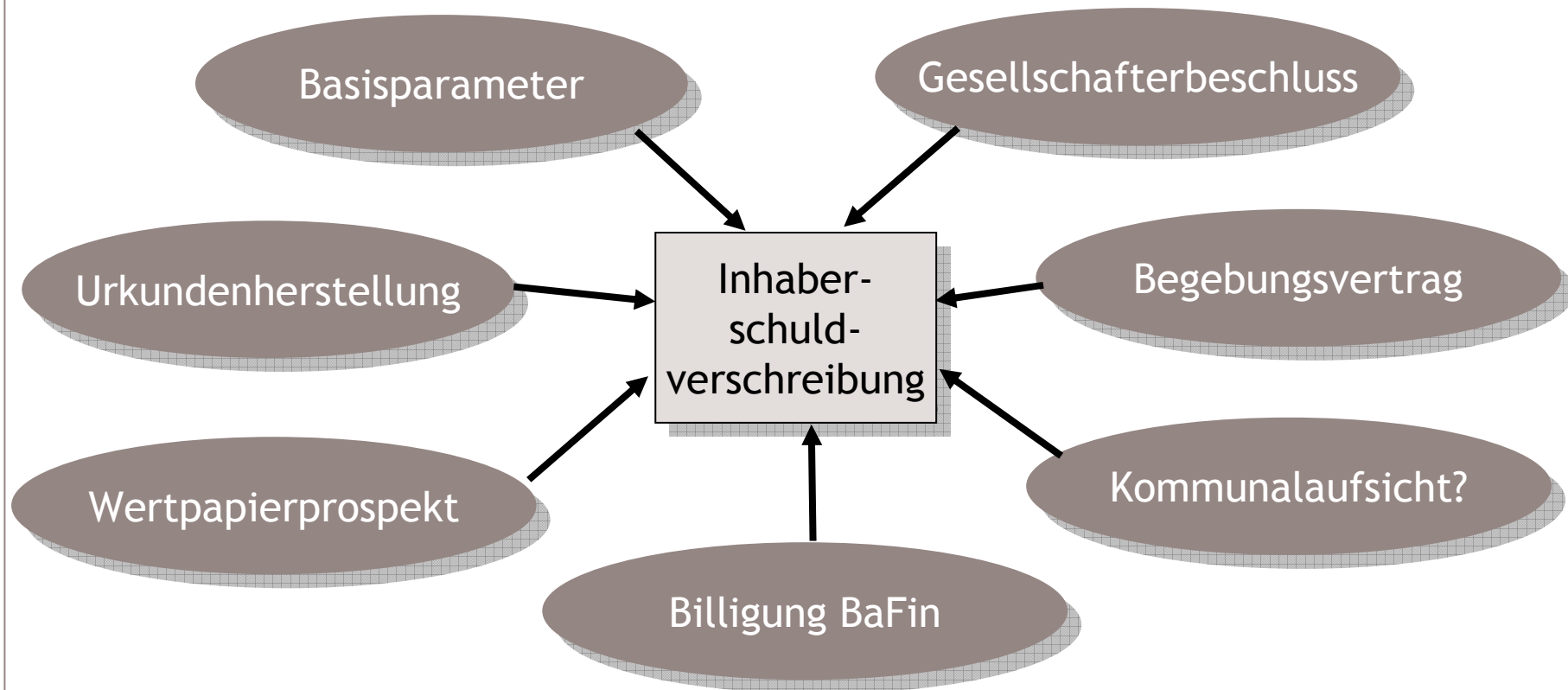
- I. Bürgerfinanzierung als Alternative**
- II. Rechtliche Schranken**
- III. Praxisbeispiel**
 - 1. Auswahl des geeigneten Modells
 - 2. Praxisbeispiel Inhaberschuldverschreibung
 - 3. Praxisbeispiel Bürgerdarlehen mit Nachrang
- VI. Fazit**

III.1. Auswahl des geeigneten Modells

(Als Beispiel Vergleich von)	Inhaberschuldverschreibung	Bürgerdarlehen mit Nachrangklausel
Aufwand	minimal höher wegen Urkundenform	niedriger, da nur Darlehensvertrag
Kosten	höher wegen Erstellung Wertpapierprospekt	niedriger, da nur Entwicklung und Vertrieb des Darlehens anfallen
Anlegertransparenz	höher durch Wertpapierprospekt	niedriger, da nur Werbeinformationen
Marktakzeptanz	höher wegen verbrieftes Urkunde	niedriger wegen Nachrangklausel (gibt Anlegern extrem schwache Gläubigerstellung)
Aufsichtsrecht	nur Abstimmung	nur Abstimmung

III.2. Praxisbeispiel Inhaberschuldverschreibung (1)

■ Bestandteile einer wirksamen Umsetzung



III.2. Praxisbeispiel Inhaberschuldverschreibung (2)

■ Schwerpunkt: Erstellung Wertpapierprospekt

Risikofaktoren

Investitionen

Wichtigste Märkte

Trendinformationen

Aufsichtsorgane

Finanzinformationen

Gründe der Emission

Verwendung der Erträge

III.2. Praxisbeispiel Inhaberschuldverschreibung (3)

- Prüfung des Wertpapierprospekts durch die BaFin (1)
 - Schriftlicher Antrag bei der BaFin (formlos)
 - Schriftliche Einreichung des vollständigen Prospekts
 - Übersendung Prospekt als CD-ROM im Word-Modus
 - Schriftliche Einreichung von Querverweislisten (Nachweis Übereinstimmung mit Anhang IV und V der EG-Verordnung 809/2004)
 - Ggf. Einreichung von Negativtestat der BaFin zur KWG-Freiheit
 - **Prüfungsfrist: 10 Werktage (§ 13 Abs. 1 WpPG)**

III.2. Praxisbeispiel Inhaberschuldverschreibung (4)

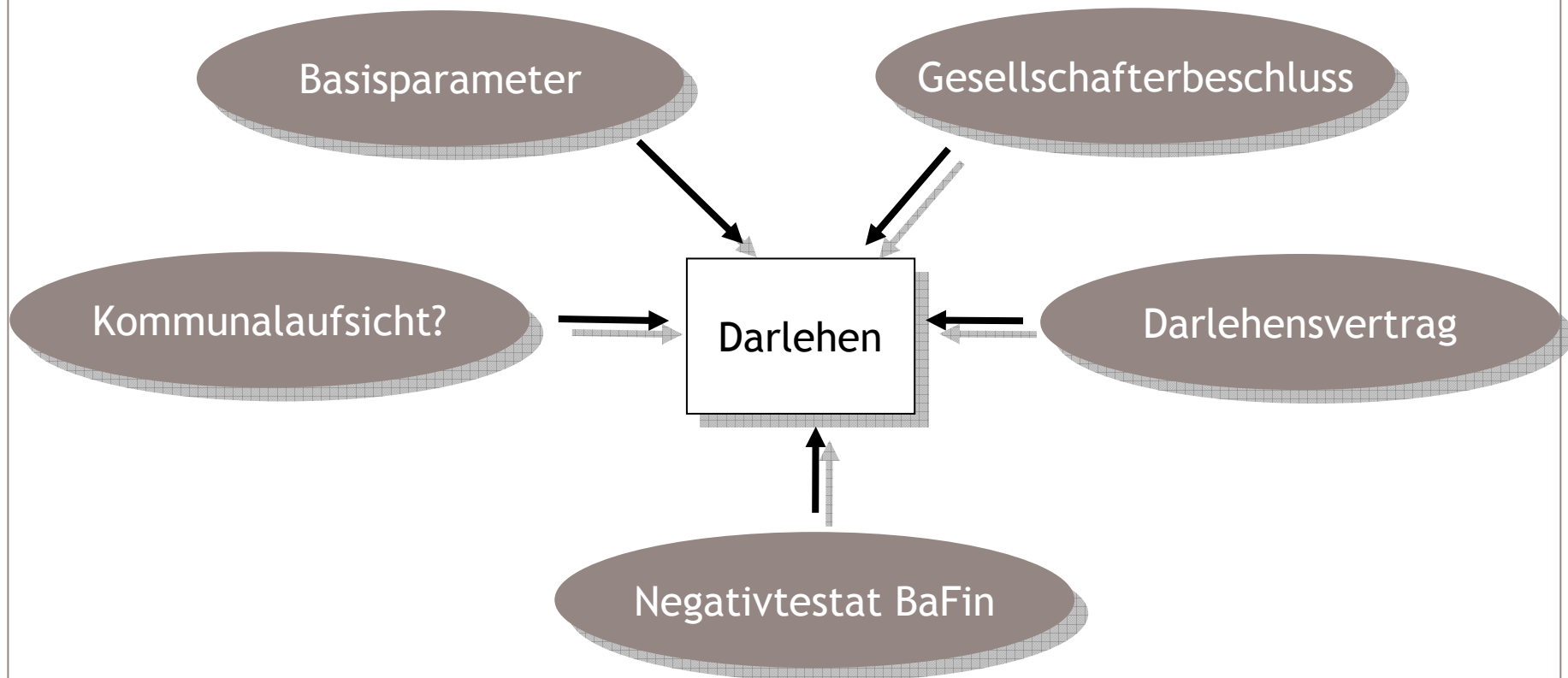
- Prüfung des Wertpapierprospekts durch die BaFin (2)
 - **Achtung: Vor Billigung keine Veröffentlichung**
 - **Achtung: Nach Billigung (§ 14 WpPG):**
 - Hinterlegung des Prospekts bei der BaFin
 - Unverzügliche Veröffentlichung (spätestens: 1 Werktag vor Beginn des öffentlichen Angebots) nach § 14 Abs. 2 WpPG:
 - in einer oder mehreren Wirtschafts- oder Tageszeitungen, die in den Staaten des EWR, in denen das öffentliche Angebot unterbreitet oder die Zulassung zum Handel angestrebt wird, weit verbreitet sind
 - Bereithaltung zur kostenlosen Ausgabe bei der Emittentin
 - Veröffentlichung auf der Internetseite der Emittentin uvm.

III.2. Praxisbeispiel Inhaberschuldverschreibung (5)

Ablaufschritte	Zeitfenster (6 Monate)
Festlegung Basisparameter (z.B. Verzinsung)	Sofort
1. Gesellschafterbeschluss („ob“)	Sofort
Herstellung/rechtliche Prüfung Urkunden	1. - 2. Monat
Begebungsvertrag/Anleihebedingungen	1. - 2. Monat
Kommunalaufsichtliche Abstimmung	2. - 3. Monat
Erstellung Wertpapierprospekt	3. - 4. Monat
Zweifache BaFin-Prüfung (Testat/Prospekt)	4. Monat
2. Gesellschafterbeschluss („Prospekt“)	4. - 5. Monat
Abstimmung Marktauftritt/Platzierung	5. - 6. Monat
Ausgabe der Inhaberschuldverschreibungen	6. Monat

III.3. Praxisbeispiel Bürgerdarlehen mit Nachrang (1)

- Bestandteile einer wirksamen Umsetzung



III.3. Praxisbeispiel Bürgerdarlehen mit Nachrang (2)

- Erstellung Darlehensvertrag mit Nachrangklausel
- Keine Erlaubnispflicht nach § 32 KWG
- Keine Prospektpflicht
- Negativtestat durch die BaFin empfehlenswert
- Etwas geringere Akzeptanz als IHV wegen schlechterer Gläubigerstellung durch Nachrangklausel

III.3. Praxisbeispiel Bürgerdarlehen mit Nachrang (3)

Ablaufschritte	Zeitfenster (6 Monate)
Festlegung Basisparameter (z.B. Verzinsung)	Sofort
1. Gesellschafterbeschluss („ob“)	Sofort
Darlehensvertrag mit Nachrangklausel	1. - 2. Monat
Kommunalaufsichtliche Abstimmung	2. - 3. Monat
BaFin-Prüfung (Testat)	4. Monat
2. Gesellschafterbeschluss	4. - 5. Monat
Abstimmung Marktauftritt	5. - 6. Monat
Abschluss Darlehensvertrag mit Bürgern	6. Monat

Inhaltsübersicht

- I. Bürgerfinanzierung als Alternative
- II. Rechtliche Schranken
- III. Praxisbeispiel
- IV. Fazit

VI. Fazit

- Bürgerfinanzierung eine attraktive Alternative mit „Mehrwert“ / „mehr Wert“ als nur Kapital
- Bei richtiger Ausgestaltung bankaufsichtsfrei
- In der Praxis bereits erfolgreich umgesetzt

BBH
Becker Büttner Held

Rechtsanwälte · Wirtschaftsprüfer · Steuerberater

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Ansprechpartner: Rechtsanwalt Dr. Christian Dessau

BBH Berlin
Magazinstraße 15-16
10179 Berlin
Tel.: 030 611 28 40 0
Fax: 030 611 28 40 99
berlin@bbh-online.de

BBH Köln
KAP am Südkai
Agrippinawerft 30
50678 Köln
Tel.: 0221 6 50 25 0
Fax: 0221 6 50 25 299
koeln@bbh-online.de

BBH München
Untere Weidenstraße 5
81543 München
Tel.: 089 23 11 64 0
Fax: 089 23 11 64 570
muenchen@bbh-online.de

BBH Stuttgart
Industriestraße 3
70565 Stuttgart
Tel.: 0711 722 47 0
Fax: 0711 722 47 499
stuttgart@bbh-online.de

BBH Brüssel
Avenue Marnix 28
1000 Brüssel/Belgien
Tel.: +32 267 24 367
Fax.: +32 267 27 016
bruessel@bbh-online.be

www.bbh-online.de